



Medienkonferenz zum Schlussbericht über die Untersuchung zum „Fall Sonnenhof“ vom 24. Mai 2016

REFERAT VON GEMEINDERAT ALEXANDRE SCHMIDT, DIREKTOR FÜR FINANZEN,
PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich schliesse mich dem Dank meiner Gemeinderatskollegin an Dr. Ueli Friederich an: Er hat einen sorgfältigen, umfassenden und differenzierten Bericht zum Fall Sonnenhof erarbeitet. Ich ziehe aus den Ergebnissen und den Empfehlungen der Untersuchung folgende drei wesentliche Schlüsse:

1. Führungskräfte brauchen Unterstützung im Umgang mit heiklen Daten

Der Fall Sonnenhof beinhaltet Krankheit, Pornographie und Strafverfolgung. Also drei Themenkreise, welche intimste Lebensbereiche des Menschen betreffen. Entsprechende Informationen stellen in der Regel besonders schützenswerten Personendaten dar. Der Bericht zeigt, dass die im Fall involvierten Personen im Umgang mit dem Spannungsfeld Datenschutz versus Informationsbedarf gefordert und teilweise überfordert waren. Was darf ich wann, wem, wie mitteilen? Wann steht das Gebot zur Information im Vordergrund, wann und wie gilt es, das Amtsgeheimnis und den Datenschutz zu wahren?

Die Schulen und die Behörden müssen Führungskräfte auf solche zentralen Fragestellungen im staatlichen Handeln besser vorbereiten und sensibilisieren. Hinschauen! Nicht wegschauen. Es sind Fragen, die sich im Umgang mit besonders schützenswerten Personendaten immer wieder stellen.

Für meine Direktion habe ich entschieden, deshalb eine Kaderveranstaltung zu diesem Thema zu organisieren. Als Personalverantwortlicher der ganzen Stadtverwaltung habe ich weiter die Absicht, das Thema grundsätzlich in die Führungsausbildung aufzunehmen. Ziel muss sein, unseren Führungskräften mehr Sicherheit bei diesen heiklen

Fragestellungen mit auf den Weg zu geben. Mehr Sicherheit führt zu einem besseren und schnelleren Informationsfluss und damit im Ergebnis zu besseren und schnelleren Entscheidungen. Der Gemeinderat unterstützt diese Stossrichtung.

2. Die Nutzung von privaten Räumen in Schulen gehört geklärt und geregelt

Der Bericht bestärkt mich in meiner Haltung: Die private Benützung von Räumen in Schulen und andern Einrichtungen, in denen „Schutzbefohlene“ verkehren, sollen

- vollständig und zuverlässig erfasst,
- die private Benützung geregelt und
- über die Grenzen zulässiger Benützung und über mögliche Folgen einer unzulässigen Benützung informiert werden.

Immobilien Stadt Bern hat auf meine Anweisung hin bereits anfangs Jahr die Umsetzung an die Hand genommen: Räume, welche der Dienstwohnung einer Schulanlage zugeteilt und in den entsprechenden Unterlagen vermerkt sind, werden als „Privat“ angeschrieben und abgeschlossen. Räume, welche privat genutzt werden, in den entsprechenden Unterlagen aber nicht vermerkt sind, werden besichtigt, entweder geräumt oder als privater Keller in den Unterlagen vermerkt. Dies in Form eines Nachtrags inklusive Hinweis auf die zulässige Art der Nutzung.

Es gibt keine Mischnutzungen, d.h. entweder sind die Räume an den Hauswart vermietet und so vermerkt oder der Hauswart braucht sie zur Arbeit. Eine Ausnahme bilden die Waschküchen. Diese werden zum Teil für private Wäsche sowie für Reinigungstücher genutzt. Hier gilt: Es werden nur Materialien gelagert, welche ausschliesslich für Waschen dienen.

3. Die FPI hat gehandelt, soweit sie ihre Handlungspflicht erkennen konnte

Meine Direktion hat laut Untersuchungsbericht rasch und entschieden gehandelt, soweit sie ihre Handlungspflicht erkennen konnte. Die Freistellung des Abwarts ist aufgrund mangelhafter Information innerhalb der Behörden leider viel zu spät erfolgt. Die betroffenen Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer waren die Leidtragenden dieser verspäteten Freistellung.

Ich bin überzeugt, aus dem Fall Sonnenhof wurden nun die richtigen Schlüsse gezogen. Mit den eingeleiteten Massnahmen hat der Gemeinderat das Möglichste getan. Allerdings, wir können nie ausschliessen, dass es Menschen gibt, die sich falsch ver-

halten. Es geht nun auch darum das Vertrauen wieder herzustellen. Auch die besten Massnahmen helfen nur, wenn wir alle mithelfen „hinzuschauen“ und auch auffälliges zu melden. Daran führt nichts vorbei.